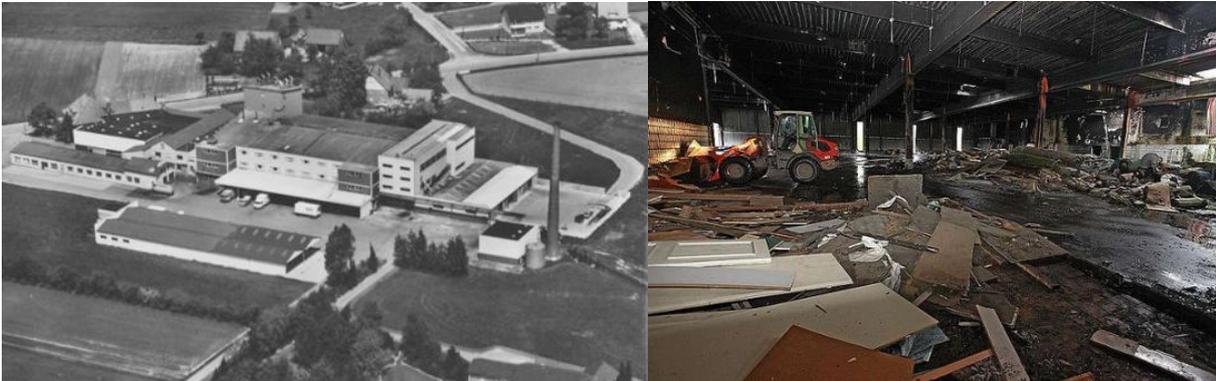


## Wohnen auf Landwehr-Gelände

Die Nachnutzung beschäftigt die Lagenser Politik seit mehr als einem Vierteljahrhundert. In der Frage, ob dort Wohnbebauung entstehen könnte, reagiert die Politik gespalten.



Vasco Stemmer

Lage-Müssen. Große Teile des Geländes liegen seit mehr als zwei Dekaden weitgehend brach: Auf der über drei Hektar großen Fläche, auf der einst die Firma Landwehr Fleischwaren produzierte und auch verkaufte, ist heute nur ein Nahversorger zu finden. Auf dem Rest des Geländes sollte eine Freiflächen-Photovoltaikanlage installiert werden, doch dazu kam es nie. Könnte an der Landwehrstraße stattdessen bald Wohnraum entstehen?

Das glaubt zumindest der Fraktionsvorsitzende der CDU im Lagenser Rat, Michael Biermann. „Das Gelände ist ideal. Kindergarten und Grundschule sind nahebei, ein Supermarkt ist direkt nebenan“, schreibt der Politiker in einer Pressemitteilung. Er könne sich dort die Entwicklung einer familienfreundlichen Wohnsiedlung vorstellen. Ein- und Mehrfamilienhäuser könnten entstehen. Dafür müsste aber ein Bauerschließungsträger gefunden und der Bebauungsplan geändert werden.

Im September 1999 brannte der neuere Teil der ehemaligen Fleischfabrik Landwehr, in dem zu dem Zeitpunkt ein Recycling-Unternehmen seinen Sitz hatte, komplett aus. Nach über einem Jahrzehnt des Stillstandes folgte ab dem Jahr 2011 der Abriss der maroden Firmen-Gebäude. Anschließend fand ein Rewe-Markt dort eine Heimat – im Bebauungsplan wurde außerdem die Nutzung für PV-Anlagen festgehalten. Doch diese wurden nie gebaut – eine mögliche Nutzung als Baugebiet war bereits im Jahr 2009 im Gespräch.

SPD-Fraktionsvorsitzender Hans Hofste erinnert sich, dass es damals einen „Deal“ mit der Bezirksregierung gegeben habe, der letztlich dazu führte, dass nur der Verbrauchermarkt und die PV-Anlagen realisiert werden dürften – aber keine Wohnbebauung erfolgen sollte. „Das ist jetzt eine Sonderbaufläche für PV“, erläutert Hofste, der sich sicher ist, dass für die Umsetzung von Wohnungsbau auf dem Areal auch der Flächennutzungsplan (FNP) angepasst werden müsste. „Dann muss man aus dem bestehenden Flächennutzungsplan von den Bauflächen etwas rausnehmen“, so Hofste weiter. Und da sei es schwierig, etwas zu finden.

Generell sei es richtig, bezahlbare Bauflächen zu entwickeln – für das Landwehr Gelände könnte er sich allenfalls Geschosswohnungsbau vorstellen. Für Einfamilienhäuser gebe es bereits das Baugebiet „Obere Bült“, das bereits erschlossen ist. Auch müsse man bei der Ausweisung als Baugebiet noch mal in das Thema Bodenbelastung einsteigen. Zudem sei es eher zielführend, noch einmal genau zu überlegen, wo noch Nachverdichtung in der Wohnbebauung möglich sei.

Generell brauche es ein Konzept für Wohnbauland in Lage – und einen neuen Flächennutzungsplan. Dieser sei bisher nicht angegangen worden, weil man auf die Aufstellung eines neuen Regionalplans gewartet habe. Hier sei Besonnenheit gefragt: „Mal so eben, weil Kommunalwahl ist, ein schönes neues Baugebiet zu schaffen, ist nicht richtig“, findet Hofste deutliche Worte zum Vorstoß von Michael Biermann.

Zustimmung zu der Idee kommt hingegen von der Fraktion von Aufbruch C. Man habe sich schon lange für eine Wohnbebauung an besagter Stelle ausgesprochen. Nach Ansicht der Partei sei der Standort ideal geeignet, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Die Fraktion fordert eine zügige Anpassung des Bebauungsplans. Man setze sich für eine sozialverträgliche Entwicklung des Baugebiets ein, bei der auch Aspekte wie Grünflächen, Infrastruktur und Verkehrsanbindung mitgedacht werden sollen.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Ute Habigsberg-Bicker, blickt kritisch auf den Vorstoß der CDU. Zwar sieht sie auch in Müssen den grundsätzlichen Bedarf zur Schaffung von Bauflächen, doch bei dem alten Landwehr-Gelände seien noch viele Fragen offen. So sei unklar, wie es um die Pläne des privaten Besitzers des Areals stehe. Auch müsse geklärt werden, wie der Stand der Planung in Sachen Freiflächen-PV-Anlage ist und ob es eine gründliche Prüfung in Bezug auf Altlasten im Boden gegeben habe. „Einer erneuten Diskussion zu diesem Thema in der Fraktion und den zuständigen Ausschüssen stehen Bündnis 90/Die Grünen offen, aber durchaus kritisch gegenüber“, so Habichtsberg-Bicker weiter.

Auch Martina Hannen (FDP) zeigt sich bei dem Thema vorsichtig. Wichtig sei, dass das Gelände so gestaltet werde, das die Nutzung im Einklang mit den Wünschen der Dorfgemeinschaft stehe.

Sollte eine Wohnbebauung dort keinen Anklang finden, müsse etwas anderes gemacht werden. „Wichtig ist, was die Menschen wollen. Wenn sie nachhaltige Energie wollen, dann ist das in Ordnung, wenn sie Wohnen wollen, wäre das natürlich auch in Ordnung“, erläutert Hannen. Das Thema werde aber gern in der Fraktion beraten.

Angelika Schapeler Richter (FWG-BBL) hat die Themen Altlasten, Änderungen im Bebauungsplan und Flächennutzungsplan ebenfalls im Blick. Auch die städtischen Finanzen müssten in dieser Sache im Auge behalten werden – selbst wenn sich ein Investor finden würde. „Unserer Auffassung nach sollte der Bereich, wenn eine Neuausrichtung „Wohnen“ möglich ist, dann überwiegend mit Mehrgenerationenhäusern, eventuell als Klimasiedlung, und mit Gemeinschaftsflächen geplant werden“, so Schapeler-Richter weiter. Die AfD-Fraktion lies die Anfrage zum Thema unbeantwortet.

Der Autor ist erreichbar unter [vstemmer@lz.de](mailto:vstemmer@lz.de)

